

Freude darüber Ausdruck geben, daß der Herr Abg. Dr. Stephani im großen Ganzen das Uebel richtig dargelegt hat, wenn er auch nicht in den eigentlichen Kern der Sache eingedrungen ist, und daß der Vorschlag, mit dem er seine Interpellation schloß: die Veranstaltung einer gründlichen Enquête, allerdings durchaus correct ist, insofern uns eine Enquête die einzig sichere Grundlage für vernünftige Gesetzgebung auf diesem Gebiete geben wird. Nur möchte ich an diesen Vorschlag das weitere Verlangen knüpfen, die Enquête möge auch wirklich so ausgeführt werden, daß ein gedeihliches Resultat erlangt wird. Bis jetzt hat man die Enquêtes in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse stets ganz einseitig vorgenommen. Es ist vor allen Dingen nothwendig, daß Sie beide Theile hören, es ist nothwendig, daß auch die Arbeiterbevölkerung, die ja vor allen Dingen hier in Betracht kommt, vernommen wird. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Seit länger als zehn Jahren schon mühen sich die Bergarbeiter Sachsens ab, der Regierung begreiflich zu machen, in welcher schlimmen Lage sie sich befinden und wie derselben abgeholfen werden könnte. Dem Minister des Innern liegt seit genau einem Jahre eine Petition vor, ausgehend von dem Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter, in welcher das Uebel, um welches es sich hier handelt, in der schärfsten und ausführlichsten Weise dargelegt ist und in welcher von dem Standpunkte der Bergarbeiter aus Vorschläge gemacht werden, deren Durchführung nach meiner Ueberszeugung zu einer ganz gründlichen Kur führen würde. Mit diesen Männern, die in ihrer Petition sich bereit erklärt haben, nach Dresden zu kommen, mündlich ihre Sache vorzubringen und in Berathungen einzutreten, sollte man sich ins Vernehmen setzen; wäre es früher geschehen, dann würde das Ministerium des Innern nicht so rathlos, wie es jetzt der Fall ist, dieser Frage gegenüberstehen. Ich will nun etwas näher auf den Stand der Dinge eingehen.

Was der Herr Abg. Dr. Stephani gesagt hat, ist meist vollkommen richtig; aber, wie schon angedeutet, trifft es bei weitem nicht den Kern der Frage. Der Uebelstand, welcher jetzt in der Insolvenz des Vorkwamben Oberhohndorfer Knappschaftsverbandes zu Tage tritt, hat seine Ursache theils in der mangelhaften Gesetzgebung, theils in dem durchaus vernunftwidrigen und das Leben und die Gesundheit der Arbeiter schädigenden Betrieb des Steinkohlenbergbaues und ferner in der fehlerhaften Verwaltung der Knappschaftscassen selbst.

Ich will zunächst auf die Uebelstände für Leben und Gesundheit der Arbeiter eingehen. Es ist vom Herrn Abg. Dr. Stephani mit Recht, auf Grund statistischer Daten hin, ausgesprochen worden, daß der Hauptgrund des den Knappschaftscassen drohen-

den Bankerotts in dem rapiden Wachsen der Zahl der Kranken, Wittwen, Invaliden und Waisen liegt. Der Herr Abg. Dr. Stephani hat dieses Wachsthum allerdings daraus zu erklären gesucht, daß gerade jetzt für jene Cassen die Zeit eingetreten sei, wo für eine große Anzahl der Belegschaften das Alter der Invalidität beginnt. Das ist in gewissem Maße richtig; aber es trifft auch bloß einen ganz kleinen Theil des Uebels. In der Eingabe, welche dem Herrn Minister des Innern vorliegt, wird schon ausgeführt, daß die Art und Weise, wie der Bergbau betrieben wird — und zwar speciell der Steinkohlenbergbau —, so unrationell ist, daß die Gesundheit der Arbeiter in unverantwortlichster Weise geschädigt und Unglücksfälle herbeigeführt werden, die bei sorgfältiger Beaufsichtigung und strenger Handhabung nothwendiger und möglicher Schutzmaßregeln verhütet werden könnten. Es ist zunächst nicht gesorgt für eine genügende Ventilation. Die Luft, welche von den Bergleuten eingeathmet wird, ist in den meisten Werken eine durch und durch ungesunde. Dazu kommt, daß die Arbeitszeit eine bei weitem zu lange ist. Während in England die Arbeitszeit in den Bergwerken bei einer Bevölkerung, die körperlich kräftiger ist, als die in dem sächsischen Steinkohlenbergbau, 8 Stunden dauert, dauert sie hier durchschnittlich 12 Stunden, und das tief unter der Erde, theilweise bei einer erstickenden Hitze, so daß die Leute sich nackt ausziehen müssen, um überhaupt die Arbeit verrichten zu können. Dann haben wir einen fernereren Uebelstand, auf welchen ebenfalls in der Eingabe an das Ministerium aufmerksam gemacht wird, ich meine das Unwesen der sogenannten Bedinge. Um nämlich die Leistung der Arbeiter zu steigern, bezahlt man ihnen nicht den Tagelohn oder Schichtlohn, sondern giebt die Arbeit in Bedinge, das heißt, in Contracten für eine gewisse Strecke aus. Da rackert der Arbeiter sich dann ab, ruinirt sich die Gesundheit und glaubt dadurch einen höheren Lohn zu bekommen, bekommt auch einen höheren Lohn; sobald aber der Besitzer des Werkes merkt, daß die Arbeiter mehr verdienen, als bei einfachem Schichtlohn, gut, dann wird eben der Bedinglohn herabgedrückt. Also der Mann ruinirt sich durch dieses Abrackern vor der Zeit, ohne sein Ziel zu erreichen. Dazu kommen die häufigen Verunglückungen, zu welchen das Bedingewesen Anlaß giebt und dann zu unvorsichtigem Arbeiten anstachelt. Die Aufsicht von Staatswegen ist durchaus nicht eine genügende. Es sollte in dieser Beziehung, im Interesse der Sicherheit der Werke, auf die Vorschläge der Arbeiter geachtet werden; es sollten die Inspectoren, die Regierungsorgane nicht bloß mit den Werkbesitzern und deren Beamten, sondern auch ein klein Bißchen mit den Arbeitern sich ins Vernehmen setzen, welche mitunter in solchen Dingen viel klarer sehen und jedenfalls ein größeres Interesse haben,